

PRESSEMELDUNG

CO₂-Abgabe vertreibt Ernährungsindustrie aus Deutschland

Bundesregierung will Industrie vor zu hohen CO₂-Preisen schützen. Dennoch versagt der geplante Carbon-Leakage-Schutz für die Ernährungsbranche. Es droht der Exodus.

Berlin, 10.05.2021. Aufgrund unzureichender Berechnungsgrundlagen in der vom Bundeskabinett Ende März beschlossenen Carbon-Leakage-Verordnung droht deutschen Herstellern von Speiseöl, Malz, Getreideprodukten sowie Nudeln und Teigwaren die Abwanderung ins Ausland. So wurden etwa für die Ölmühlenindustrie europäische Daten zum Energieverbrauch herangezogen, die aber für Deutschland nicht repräsentativ sind. "Es kann nicht sein, dass die südeuropäische Olivenöl- der deutschen Rapsölproduktion gleichgestellt wird. Einer Olive lässt sich mit relativ wenig Energie Öl entlocken. Versuchen sie das mal bei einem Rapskorn", so OVID-Präsidentin Jaana Kleinschmit von Lengefeld.

Bereits im vergangenen Jahr hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Bundesfinanzministeriums Berechnungen über Auswirkungen des nationalen Brennstoffemissionshandels auf die heimische Industrie aufgestellt. Steigen die Kosten eines Unternehmens aufgrund eines höheren CO₂-Preises auf fünf Prozent gemessen an der Bruttowertschöpfung besteht Abwanderungsgefahr. Laut DIW-Studie sind die am stärksten von Abwanderung bedrohten Sektoren die Hersteller von Malz, Fetten und Ölen sowie Stärke. "Wenn wir die Ernährungsindustrie in Deutschland halten wollen, muss der Bundestag in der anstehenden parlamentarischen Debatte unbedingt die Sorgen der heimischen Lebensmittelhersteller ernst nehmen und anstelle europäischer Zahlen die Daten des Statistischen Bundesamtes verwenden", so Kleinschmit von Lengefeld.

Seit Anfang des Jahres gilt ein nationaler CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne. Damit entstehen zusätzliche Kosten für deutsche Unternehmen. Wenn Wettbewerber im Ausland keiner vergleichbar hohen CO₂-Bepreisung unterliegen, kann die heimische Industrie diese nicht auf die Produktpreise umlegen. Es besteht die Gefahr, dass die Produktion infolge von Wettbewerbsnachteilen ins Ausland abwandert und dort zu höheren Emissionen führt ("Carbon Leakage"). "Schlechter Carbon-Leakage-Schutz konterkariert echten Klimaschutz", so Kleinschmit von Lengefeld abschließend.

Pressekontakt OVID

Maik Heusch
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Tel: +49 (0)30 / 72 62 59 - 00
presse@ovid-verband.de



VERBAND DER ÖLSAATEN-
VERARBEITENDEN INDUSTRIE
IN DEUTSCHLAND

PRESSEMELDUNG

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e.V.

OVID vertritt als Verband die Interessen der ölsaatenverarbeitenden und ölraffinierenden Unternehmen in Deutschland. Die Kernaufgabe der 19 Mitgliedsfirmen ist die Verarbeitung von Ölsaaten und Pflanzenölen zu Produkten für die Lebensmittelindustrie, die Futtermittelindustrie, die Bioökonomie, die Oleochemie, die technische Verwendung und für die Bioenergie. Als Verband ist OVID Schnittstelle zwischen seinen Mitgliedsunternehmen, politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Institutionen sowie Medien und der Öffentlichkeit. Sitz des Verbandes ist Berlin, in Brüssel ist OVID über den europäischen Verband FEDIOL vertreten. www.ovid-verband.de